

Mündliche Anfragen

zur 20. Fragestunde

in der 75. Plenarsitzung vom 12. Oktober 2023

1. Anfrage des Abg.
Miguel Klauß AfD

Eingang: 25.7.2023

Konsequenzen für sogenannte Klimakleber

- a) Hält die Landesregierung das absichtliche Blockieren großer Straßen, etwa durch sogenannte Klimakleber, für einen gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr nach § 315b Absatz 1 des Strafgesetzbuchs, insbesondere wenn dadurch große Staus auf Hauptverkehrsachsen entstehen und der Einsatz von Rettungsfahrzeugen billigend in Kauf nehmend verzögert wird?
- b) Hält die Landesregierung es für angebracht, Blockieren großer Straßen, namentlich den sogenannten Klimaklebern, im Falle eines gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr auch ein Fahrverbot nach § 44 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs aufzuerlegen, da einer Person, die absichtlich und als Hauptzweck ihres Handelns einen gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr vollzieht, nicht das notwendige Verantwortungsbewusstsein für das Führen eines Kraftfahrzeugs in ebenjenem Straßenverkehr zugesprochen werden kann?

2. Anfrage des Abg.
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 28.7.2023

Jährlicher Aktionstag zum Thema Katastrophenschutz an den weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg

- a) Gibt es bereits Planungen zu dem im Juli angekündigten Aktionstag zum Thema Katastrophenschutz an den weiterführenden Schulen?
- b) Wie soll dieser Aktionstag gestaltet werden, und wie werden die Schulen hierbei unterstützt?

3. Anfrage des Abg.
Georg Heitlinger FDP/DVP

Eingang: 1.8.2023

Förderung des Steillagenweinbaus in Baden-Württemberg

- a) Auf wessen Initiative wurden die Zuschüsse zur Förderung des Steillagenweinbaus (Kapitel 0803, Haushaltstitel 683 87) für die Haushaltsjahre 2023/2024 im Vergleich zu den Vorjahren erhöht?
- b) Welche wirtschaftlichen Aussichten hat der Steillagenweinaubau in Baden-Württemberg?

4. Anfrage der Abg.
Dr. Dorothea Kliche-Behnke
SPD
Eingang: 4.8.2023
- Münzgasse 13 in Tübingen**
- a) Aus welchen Gründen sind die Verhandlungen über einen Erbpachtvertrag zwischen dem Münze 13 e. V. und dem Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg noch nicht zu einem Abschluss gekommen, bzw. welche Bedenken stehen einem solchen Vertrag vonseiten der Landesregierung aktuell entgegen?
 - b) Unter welchen Bedingungen ist die Landesregierung dazu bereit, dem Münze 13 e. V. ein Angebot über einen Erbpachtvertrag mit einer Laufzeit von mehr als 80 Jahren und zu einem Erbpachtzins von unter 1 % zu machen?
5. Anfrage der Abg.
Gabriele Rolland SPD
Eingang: 18.8.2023
- Erweiterung des Rettungszentrums Freiburg**
- a) Wie bewertet die Landesregierung die Erweiterung des Rettungszentrums Freiburg, in dem künftig sechs Blaulichtorganisationen zentral untergebracht werden?
 - b) Mit welchem Beitrag beteiligt sie sich an den Gesamtkosten für die Erweiterung des Rettungszentrums Freiburg, und welche finanzielle Unterstützung plant sie noch zu leisten?
6. Anfrage des Abg.
Nico Weinmann FDP/DVP
Eingang: 21.8.2023
- Koordinierte Aktivitäten gegen Clankriminalität in Baden-Württemberg im Rahmen einer bundesweiten Allianz**
- a) Mit welcher Begründung beteiligt sich das Land Baden-Württemberg bzw. beteiligt es sich nicht an der Bund-Länder-Allianz gegen Clankriminalität?
 - b) Inwiefern erachtet die Landesregierung die Bekämpfung organisierter Kriminalität in Clanstrukturen als sicherheitsrelevante Aufgabe?
7. Anfrage des Abg.
Nico Weinmann FDP/DVP
Eingang: 21.8.2023
- Bezuschussung der Verbreitung verfassungsfeindlicher Propaganda**
- a) Welche öffentlichen Gelder erhalten jene Kinos in Baden-Württemberg, welche ausweislich der Seiten 165 f. des Landesverfassungsschutzberichts 2022 einen Film der DHKP-C-Propagandaorganisation „Grup Yorum“ aufgeführt haben?
 - b) Inwieweit hält die Landesregierung die öffentliche Zuschussung von Institutionen für angemessen, die Werbung für vom Verfassungsschutz beobachtete und in Deutschland verbotene Organisationen verbreiten?

8. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP

Eingang: 25.8.2023

Provisorischer Radweglückenschluss zwischen Heimsheim und Mönshheim

- a) Inwiefern hat sich die Bewertung zur Schaffung eines provisorischen Lückenschlusses des Radwegs zwischen Heimsheim und Mönshheim im Bereich der A-8-Anschlussstelle Heimsheim seit 2021 geändert, insbesondere auch mit Blick auf die laut Radverkehrskommission des Enzkreises im Beisein eines Vertreters des Regierungspräsidiums Karlsruhe im Mai und Juni 2023 festgestellte „Unumgänglichkeit“ eines Provisoriums?
- b) Welche Möglichkeiten eines provisorischen Lückenschlusses stehen im Zuge der vom Regierungspräsidium Karlsruhe angekündigten Prüfung mit Blick auf die Verkehrssicherheit sowie die Umsetzbarkeit zur Debatte?

9. Anfrage des Abg.
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 31.8.2023

Mobilfunkempfang im Bereich der B 523 zwischen Tuttlingen und Tuningen

- a) Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass sich die Mobilfunkverfügbarkeit im oben genannten Abschnitt durch Arbeiten an der Mobilfunkinfrastruktur deutlich verschlechtert hat?
- b) Ist ihr bekannt, wie der aktuell vorliegenden Vergrößerung des Funklochs von ursprünglich 1 km (Abfahrt zur Eßlinger Strasse nach Tuttlingen-Möhringen bis Abfahrt nach Seitingen-Oberflacht) auf 20 km (Abfahrt nach Seitingen-Oberflacht bis zur Autobahnauffahrt A 81 Tuningen) abgeholfen werden soll?

10. Anfrage der Abg.
Sarah Schweizer CDU

Eingang: 28.9.2023

Aufhebung des laufenden Planfeststellungsverfahrens zur Westumfahrung Jebenhausen (L 1214)

- a) Liegt dem Verkehrsministerium bereits ein Ergebnis der Prüfung sämtlicher Möglichkeiten zur Beschleunigung der Planung zur Westumfahrung Jebenhausen vor, welche in der Antwort zur Kleinen Anfrage Drucksache 17/4597 neben einer engen Begleitung des Regierungspräsidiums Stuttgart im weiteren Planungsprozess zugesagt wurde?
- b) Um wie viele Jahre kann das neuerliche Planfeststellungsverfahren unter Nutzung aller Beschleunigungspotenziale, darunter der Einführung einer Stichtagsregelung für die rechtlichen Rahmenbedingungen, gegenüber dem vorliegenden Terminplan des Regierungspräsidiums Stuttgart mit Planfeststellungsbeschluss im Jahr 2029 beschleunigt werden?

11. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP

Eingang: 9.10.2023

Stromdirektkauf durch Stadt- und Gemeindewerke bei Besitzern lokaler PV-Anlagen

- a) Inwiefern können Stadt- und Gemeindewerke Strom aus lokalen PV-Anlagen, die bereits aus der EEG-Förderung gefallen sind, direkt vom Erzeuger erwerben und daraus gewonnenen überschüssigen Strom in eigenen Großspeicheranlagen speichern?
- b) Inwiefern geht die Landesregierung davon aus, dass ein solches Modell sowohl für Stadt- und Gemeindewerke wie auch für die Anlagenbetreiber finanziell attraktiv ist und zur Gestaltung der Energiewende auf lokaler Ebene beitragen kann?